

Mittwoch, 25. November 2026, 16:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Schweizer Waffen für die Welt

Während Millionen Menschen unter Kriegen leiden, will die Schweiz ihr Kriegsmaterialgesetzt lockern. Banken und Rüstungskonzerne dürften zufrieden damit sein.

von Heinrich Frei
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Michael Derrer Fuchs, F Blanco)

Am 29. November 2026 wird in der Schweiz in einem

Referendum über eine Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes abgestimmt. Der Bundesrat und das Parlament wollen, dass die Beteiligung an einem bewaffneten Konflikt für 36, vor allem europäische Staaten, nicht mehr automatisch ein Grund sein wird, diesen Ländern keine Rüstungsgüter zu liefern. Und ganz grundsätzlich können alle Länder, die Schweizer Waffen gekauft haben, diese künftig auch weitergeben, außer an die Ukraine. Schon bisher waren sogenannte Kleinbestandteile von Rüstungsgütern von diesem Wiederausfuhrverbot ausgenommen. Das betraf circa 40 Prozent der Schweizer Kriegsmaterialexporte. Vor einigen Jahren gehörten dazu Feuerleitgeräte, die auf deutsche Panzer montiert wurden.

Kriege produzieren Millionen Tote und Verletzte und Millionen Flüchtlinge

Das Referendum gegen die Lockerung der Kriegsmaterialexporte ist wichtig. Kriege produzieren Millionen Tote und Verletzte und Millionen Flüchtlinge, unermessliches Elend.

Als neutrales, dem Frieden verpflichtetes Land dürfte die Schweiz überhaupt kein Kriegsmaterial mehr exportieren, und das Milliardengeschäft der Banken, Versicherungen und Pensionskassen mit Investitionen in Rüstungskonzerne müsste gestoppt werden.

Laut ICAN, der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, investierte die größte Schweizer Bank, die UBS, über

vier Milliarden US-Dollar in Firmen, die an der Produktion von Atomwaffen beteiligt sind (1).

Laut dem Kriegsmaterialgesetz der Schweiz ist die „direkte und indirekte Finanzierung" von verbotenem Kriegsmaterial klar untersagt. Verbotene Waffen sind in der Schweiz chemische und biologische Waffen, Atombomben, Streubomben und Antipersonen-Minen (2).



Die Plakate „Rheinmetall entwaffnen, Frieden schaffen" in Zürich wurden, wie von Geisterhand, sofort entfernt, Foto: Heinrich Frei

Unser Land sollte in die Fußtapfen der Pazifistin Bertha von Suttner (3) und des helvetischen Kriegsgegners Max Dätwyler (4) treten. Heute gehört die Schweiz zu den Kriegsgewinnlern.

Ausländische Rüstungskonzerne dominieren

Von der Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes, die der Bundesrat und das Parlament durchsetzen wollen, werden vor allem ausländische Rüstungskonzerne profitieren. Der deutsche Konzern Rheinmetall bestritt 2025 70,5 Prozent der bewilligten Schweizer Waffenexporte und die anderen ausländischen Firmen 7,5 Prozent.

Vorsorgegelder in der Rüstungsindustrideshalb keine Proteste gegen Waffenexporte?

Die Regierung des Kantons Zürich und der Stadt Zürich protestieren gegen Kriegsmaterialexporte nicht, auch nicht gegen diese vom Bundesrat und vom Parlament in Bern angestrebte Lockerung der Waffenexporte, gegen diese Beihilfe zum Massenmord in Kriegen. Dagegen werden Geschäfte mit Aktien der Rüstungsindustrie gemacht.

Die Pensionskasse der Stadt Zürich verwaltet die Vorsorgegelder des städtischen Angestellten, also der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge. Dieser Institution sind Lohnabhängige von weiteren165 Betrieben angeschlossen, darunter zahlreiche Baugenossenschaften, Vereine und weitere Organisationen. Im

Jahre 2024 verwaltete diese Pensionskasse 22,2 Milliarden Franken. Ein Teil dieses Geldes der Pensionskasse der Stadt Zürich wird durch die sogenannte Unternehmensanleihen Global (ex CHF) unter anderem in folgende Finanzinstitutionen investiert: BlackRock, London; Morgan Stanley, New York; und PIMCO, London.

PIMCO ist mit fast einer Milliarde US-Dollar der größte Investor in israelische Staatsanleihen seit Oktober 2023, die zur Finanzierung militärischer Operationen in Gaza ausgegeben wurden. BlackRock hält umfangreiche Anteile an Rüstungsfirmen, die Waffen nach Israel liefern und Atombomben produzieren. Morgan Stanley ist mit Aktien direkt am israelischen Rüstungskonzern Elbit Systems beteiligt, der die israelische Armee mit Waffen beliefert.

Wird die Pensionskasse der Stadt Zürich ihre Investitionen in Rüstungskonzerne zurückziehen, wie es in einer Petition der Partei der Arbeit verlangte wurde?

Schweiz die lockersten Waffenexportregeln in ganz Europa

Fabian Molina, sozialdemokratischer Nationalrat sagte im *Tagesanzeiger*:

„*Mit der von Bern angestrebten Erleichterung von Kriegsmaterialexporten bekäme die Schweiz die lockersten Waffenexportregeln in ganz Europa*“ (5).



Der Rüstungskonzern Rheinmetall in Zürich-Oerlikon, Foto: Heinrich Frei

Restriktive Bestimmungen, die nicht eingehalten wurden

Ich verfolge die Schweizer Kriegsmaterialexporte seit Langem. 1973

wurden vom Bundesrat sehr strenge Bestimmungen für den Export von Kriegsmaterial in Kraft gesetzt:

Es werden keine Ausfuhrbewilligungen für Kriegsmaterial erteilt,

- *„a.) nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen;*
- *b.) wenn Grund zur Annahme besteht, dass Kriegsmateriallieferungen in ein bestimmtes Land die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde, sowie im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe, beeinträchtigen.“*

Der Bundesrat versprach 1973, diese Bestimmungen restriktiv zu handhaben. Er wollte 1973 mit diesen neuen Bestimmungen verhindern, dass die Volksinitiative der Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und für ein Waffenausfuhrverbot (ARW) (6), Kriegsmaterialexporte zu verbieten, angenommen wird. 49,7 Prozent stimmten mit Ja zu einem Verbot.

Bestimmungen für den Export von Waffen wurden ignoriert

In den folgenden Jahren wurde diese strenge Verordnung des Jahres 1973 von Bern weitgehend ignoriert. Ständig wurde erlaubt, Staaten, die in Kriegen verwickelt sind oder folterten, in denen großes Elend herrschte, Rüstungsgüter zu liefern, so auch dem Iran und dem Irak, als sie sieben Jahre lang miteinander Krieg führten. Nach dem Iran wurden die Kanonen und Granaten von Oerlikon-Contraves via Singapur verschifft.

Als NATO-Staaten 1999 Serbien bombardierten, wurde weiter an die USA, Deutschland und Großbritannien Kriegsmaterial verkauft.

Während der Irak, Syrien, Libyen zusammengebombt wurden, in Afghanistan 20 Jahre lang gekämpft wurde, stoppte die Schweiz die Waffenexporte nach den dort im Krieg stehenden Staaten nicht. Als Saudi-Arabien 2015 im Jemen Krieg führte, logistisch unterstützt von den USA, Frankreich und von Großbritannien wurden die Rüstungsexporte der Schweiz an Saudi-Arabien fortgesetzt, an die USA, Frankreich und Großbritannien sowieso. Auch nach Russland wurde nach dem ersten Tschetschenienkrieg weiter Rüstungsmaterial verkauft (7).

Die *Wochenzeitung* in Zürich (WOZ) dokumentiert heute laufend Fragen zur Schweizer Rüstung.

Rückblick zu Schweizer Kriegsmaterialexporten der Vergangenheit

Vor und während des Zweiten Weltkriegs wurden in Zürich und an anderen Orten der Schweiz für die verbrecherischen Regime von Hitler und Mussolini Bomben, Minen, Granaten und Kanonen produziert.

Die Fliegerabwehrkanonen von Bührle, die dann 1945 nicht mehr an das Dritte Reich ausgeliefert werden konnten, verkaufte Bührle an andere Staaten. Die Hakenkreuze auf den Kanonen schliffen Lehrlinge vorher weg. Dann, nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde bei Oerlikon-Bührle in Zürich Rüstungsmaterial für den spanischen faschistischen Diktator Franco, für den portugiesischen Faschisten Salazar und für das Obristen-Regime in Athen produziert. Der deutsche Schriftsteller Günther Walraff wurde seinerzeit inhaftiert und misshandelt, als er in Athen gegen dieses Folterregime protestierte.

1999 veräußerte der marode Oerlikon-Bührle Konzern den Rüstungsbereich Contraves (9) an den deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall (10).

Seit 1999 wird in Zürich und anderen Standorten der Schweiz Kriegsmaterial des deutschen Konzerns Rheinmetall hergestellt. Geliefert wird, wie oben schon erwähnt, an NATO-Staaten, die in Afghanistan Krieg führten, an Saudi-Arabien das seine „Delinquenten“ und Oppositionellen mit dem primitiven, mittelalterlichen islamischen Recht der Scharia traktieren lässt und im Jemen immer noch Krieg führt: Waffenexporte von Rheinmetall mit dem Segen der Schweizer Regierung.

Was ist Rheinmetall für eine Firma?

Seit ihrer Gründung 1889 gehört Rheinmetall zu den führenden Herstellern von Waffen und Militärgerät in Deutschland. 1889 begann auch die Produktion von Geschossen. „Bereits ein knappes Jahr später zählt das junge Unternehmen 1.400 Mitarbeiter und liefert pro Tag 800.000 Geschosse. Bis Ende 1891 werden es insgesamt 120 Millionen sein”, war auf der Website von Rheinmetall vor einigen Jahren noch zu lesen. Wie viele Menschen durch Rheinmetall-Geschosse schon getötet und verletzt wurden, war auf dieser Website nicht vermerkt. Nach den beiden Weltkriegen kam es jeweils vorübergehend bei Rheinmetall zur Produktion ziviler Güter, doch im Kern blieb das Unternehmen ein Rüstungskonzern.

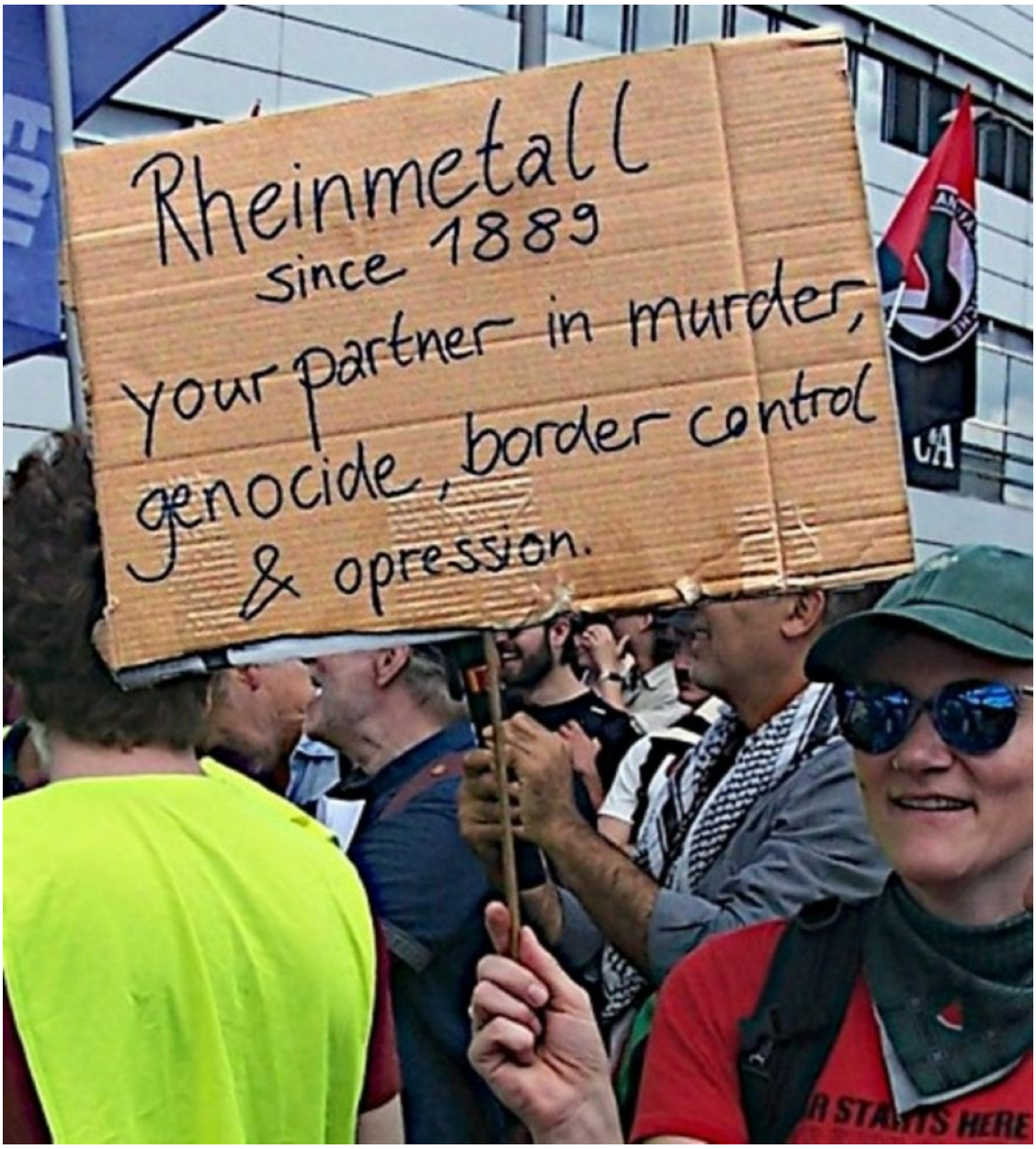

Bild: Neue Rheinische Zeitung, Arbeiterfotografie

Rheinmetall unter dem Nazi Regime

Wie produzierte Rheinmetall in der Nazizeit? Die Firma Rheinmetall beschäftigte unter Hitler tausende Zwangsarbeiter in der Produktion von Rüstungsgütern. Der Boss von Rheinmetall, Hermann Röchling, gestorben 1955, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu zehn Jahren Haft verurteilt. Er hatte sich bei der Deportation von Zwangsarbeitern hervorgetan und war von Adolf Hitler zum Chef

verschiedener Organisationen ernannt worden.

20 Millionen Männer, Frauen und Kinder aus ganz Europa leisteten als „Fremdarbeiter“, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge Zwangsarbeit

Zwangsarbeiter, auch Kinder, schufteten für Hitlers Reich, wie in der Ausstellung des Jüdischen Museums in Berlin dokumentiert wird (11). Im Zweiten Weltkrieg wurden in Deutschland auf nahezu jeder Baustelle und jedem Bauernhof, in jedem Industriebetrieb und auch in Privathaushalten Zwangsarbeiter ausgebeutet.

> ***Dort, wie in den besetzen Gebieten, mussten insgesamt über 20 Millionen Männer, Frauen und Kinder aus ganz Europa als „Fremdarbeiter“, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge Zwangsarbeit leisten. Die meisten Zwangsarbeiter kamen aus militärisch besetzten oder in Abhängigkeit gehaltenen Ländern.***

Über ein Drittel von ihnen waren Frauen und Mädchen. 85 Prozent der Frauen, die manchmal auch Kinder mitbrachten oder im Lager gebaren, kamen aus der Sowjetunion und Polen. Viele der Verschleppten waren Jugendliche – nicht nur bei Daimler-Benz arbeiteten sogar Neunjährige. Auch bei Rheinmetall arbeiteten unter den Nazis viele junge Zwangsarbeiter.

Laut *Wikipedia* „arbeiteten während des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Zwangsarbeiter in den Rheinmetall-Betrieben. Im Werk Unterlüß allein wurden am Kriegsende etwa 5.000 ausländische Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen sowie Kriegsgefangene, circa 2.500 Polen, 1.000 aus der UdSSR, 500 Jugoslawen, 1.000 aus anderen Ländern, von den britischen Truppen befreit. Zeitweilig

waren dort auch ungarische Jüdinnen in einem Außenlager des KZ Bergen-Belsen eingesetzt. Von den etwa 600.000 Arbeitern der Reichswerke Hermann Göring waren die Hälfte Zwangsarbeiter, verschleppt aus allen besetzten Gebieten“ (12).

Heute produziert Rheinmetall wieder für den Krieg, wie Daimler und viele andere deutsche Firmen. Grundlage des Wachstums der deutschen Rüstungsindustrie war die Wiedermilitarisierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, auch die direkte Beteiligung der deutschen Bundeswehr im Krieg auf dem Balkan, später am Krieg in Afghanistan, und der weltweite Export von Rüstungsgütern. Heute profitieren die Aktionäre von der weltweiten irren Aufrüstung als Folge des Krieges in der Ukraine und den 14 bis 20 größeren Kriegen, die im Gange sind.

Die Kehrseite des humanitären Engagements der Schweiz

Herausgestellt wird immer wieder das humanitäre Engagement der Schweiz während des Ersten und Zweiten Weltkriegs und auch der Einsatz für den Frieden heute. Ein wenig vergessen wird, dass die Schweiz am Ersten wie am Zweiten Weltkrieg mit umfangreichen Waffenlieferungen beteiligt war. Die Schweiz gehörte zu den Kriegsgewinnlern, was ich vor Jahrzehnten das erste Mal auf einer Autostoppreise von einem Lastwagenfahrer in Südfrankreich zu hören bekam.

Während des Ersten Weltkriegs lieferte die Schweiz große Mengen an Munition und anderes Kriegsmaterial an die kriegführenden Länder. Die Uhren- und Maschinenindustrie wandelte sich bis 1917 zur Kriegsindustrie, wie Roman Rossfeld in der *Wochenzeitung* am 19. Juli 2014 dokumentierte (13).

Umstellung der Kriegsindustrie auf zivile Produktion

Eine Umstellung der Kriegsindustrie auf zivile Produktion würde langfristig an den Produktionsstätten der Rüstungsindustrie mehr Arbeitsplätze schaffen, und vor allem sichere. In einem Expertenbericht der UNO wurde nämlich festgestellt: Rüstungsaufträge können langfristig Beschäftigungseinbrüche nicht verhindern, sondern im Gegenteil verstärken. Warum? Aufträge in den rüstungsproduzierenden Unternehmen erfolgen sehr unregelmäßig. Neue Bestellungen kommen ins Haus, je nachdem ob wieder ein neuer Krieg vorbereitet oder begonnen wird.

Zivile Sektoren schaffen 50 bis 140 Prozent mehr Arbeitsplätze pro Dollar.

UNO/US-Studie (international):

Mit 1 Milliarden US-Dollar entstehen

- 11.200 Jobs im Militär,
- 26.700 Jobs im Bildungsbereich,
- 16.800 Jobs im Bereich saubere Energie,
- 17.200 Jobs im Gesundheitswesen.

Der Krieg in der Ukraine und die irre weltweite Aufrüstung war ein Segen für die Todesindustrie. Begleitet wurden dieser Krieg und der Rüstungswahn von einem Sozialabbau in vielen Ländern.

Krieg ist ein Business, Blut verwandelt sich in Dollar

Der emeritierte Zürcher Finanzprofessor Marc Chesney äußerte sich in einem Interview mit *Infosperber* zu den Risiken des weltweiten Finanzsystems. Unter anderem sagte er:

„*In dieser zynischen Weltordnung ist Krieg ein Business, Blut verwandelt sich in Dollar. Zerstörungen führen zu finanziellen Renditen, Aktionäre und Direktoren der Rüstung- und ‚Verteidigung'-Unternehmen lassen die Champagnerkorken knallen. Kriegsrisiken – ob real oder mit Absicht übertrieben – erzeugen Gewinne*" (14).



Heinrich Frei, Jahrgang 1941, ist Architekt und beteiligt sich in der Schweiz an verschiedenen friedenspolitischen Initiativen. Er arbeitet ebenfalls bei **Swisso Kalmo** (http://www.swisso-kalmo.ch/) mit.